

Wochentags mit Ausnahme der Montage und Feiertage.
Abonnementpreis
für Danzig monatl. 70 Pf.
(täglich frei ins Haus),
in den Abholstellen und der
Expedition abgeschloßt 50 Pf.
Durch alle Postanstalten
900 Mf. pro Quartal, mit
Briefporto befreit.
2 Mf. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion
6 Uhr Nachm.

XII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Organ für Pedermann aus dem Volke.

Dieses Blatt kostet pro Monat nur 60 Pfennig frei ins Haus, in der Expedition, sowie bei den Abholstellen nur 50 Pfennig.

Abholstellen: In der Stadt bei den Herren Renk, 3. Damm 9, F. Pawłowski, Kassubischer Markt 67 und Tschirskij, Weidengasse 26; Langfuhr Nr. 66 bei Herrn W. Machwitz; Stadtgebiet Nr. 4 und 5 bei Herrn Gustav Frost; Schidlitz Nr. 47 bei Herrn J. C. Albrecht.

Was wir vertheidigen.

Ein französischer Kriegsminister hat es einstmals für ein Unglück erklärt, daß Frankreich wie hypnotisiert nach den Dogesen schaue und wir können ihm nicht unrecht geben. Ein hypnotisierte hat kein Auge für die Vorgänge, die sich neben ihm abspielen, so daß fremde Personen mit ihm machen können, was sie wollen. In einem solchen hypnotischen Zustand möchten die Vertreter des politischen Rückschritts und der wirtschaftlichen Sonderinteressen auch unser deutsches Volk versetzen, und hierzu scheint ihnen die Militärvorlage als Hypnotisierungssubject passend. Ganz wie im Jahre 1887 verkündeten ostelbische Junker, Arm in Arm mit den Vertretern von „Besitz und Bildung“, daß es bei den jetzigen Wahlen einzigt und allein darauf ankomme, für die Militärvorlage eine Majorität in den Reichstag zu senden. Wer's glaubt, wird selig, heißt es im Märchen, wir aber, die wir in der rauen Wirklichkeit wandeln, wollen heute die holde Phantasie, die uns an dem Märchen entzückt, beiseite lassen und die Dinge so betrachten, wie sie sich tatsächlich abspielen.

Gesezt, die deutschen Wähler machten denselben Fehler, den sie 1887 begangen haben, noch einmal und wählten einen Reichstag, in welchem die vereinigten Conservativen und Nationalliberalen eine überwiegende Majorität haben, was würde dann wohl eine der ersten Thaten dieses auf fünf Jahre gewählten Reichstages sein? Wir glauben, die Abschaffung des geheimen und direkten Wahlrechtes. Iwar verstiegen heute schon nationalliberale Zeitungen, daß gar keine Rede davon sein könne, das geheime und directe Wahlrecht abzuschaffen, aber der Eifer ist verächtlich, denn wer sich entschuldigt, klagt sich an. Die Angriffe, welche die „Kölner Zeitung“ gegen das allgemeine Stimmrecht gerichtet hat, sind noch in aller Gedächtnis, und das mit diesen Ausführungen das rheinische Organ für „Besitz und Bildung“ nicht vereinzelt in der Partei dasteht, beweist uns einer der bedeutendsten Führer der nationalliberalen Partei, Geheimrat v. Sybel, welcher in seinem berühmten Geschichtswerk „Die Gründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für einen „gefährlichen Gedanken“ erklärt hat. Ferner gebraucht er in Bezug auf das allgemeine Stimmrecht die Worte: „Wer die Stechpalmen pflanzt, kann nicht süße Früchte davon ernten.“ Freilich fügt er hinzu: „es müssen schwere Arisen eintreten, ehe eine Volksvertretung sich entschließt, einen Theil ihrer Wähler des für sie selbst geübten Rechtes zu entkleiden“, aber wer steht uns dafür, daß nicht die Nationalliberalen jeht eine derartige Krise für gekommen wähnen? Bieten uns denn überhaupt die Nationalliberalen in ihrer ganzen Geschichte und Entwicklung den geringsten Anhalt dafür, daß sie ein Recht des Volkes energisch vertheidigen?

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

31) [Nachdruck verboten.] Schon im Voraus hatte der Brodjak zu Felix lachend gesäuert: „Sobald der Befehl zum Einmarsch gegeben ist, halte ich Euch dazu, damit Ihr einen guten Platz bekommt! Folgt nur mir, ich kenne den Rummel.“

Felix befahl diesen Rath und hatte es nicht zu bereuen, denn er erlangte einen guten Sitzplatz auf der Pritsche einer der Kameras, deren das für die Gefangenen bestimmte Gebäude, der gelbe Azurm, gewöhnlich 4 enthält. Außerdem umfaßt der geschlossene Hof, welcher die Etappe bildet, noch zwei andere Gebäude, die für die Offiziere und Soldaten bestimmt sind.

„Geht Ihr, wie recht wir gehan haben,“ sagte der Brodjak, indem er sich gemächlich neben den jungen Schriftsteller ausstreckte. „Ja, ja, ich weiß schon. 300 Personen haben in einem solchen Hundeloch, Etappen genannt, Platz, und 800 und 1000, wenn nicht mehr, stopft man hinein. Da gilt es, schnell zu sein, wenn man überhaupt unterkommen will. Jeder erfahrene Brodjak weiß das auch, Herr, daher der Sturm auf das Haus.“

„Aber wo schlafen dann diejenigen, die keinen Raum auf der Pritsche gefunden haben?“

„Irgendwo — dem Erfindungsgeist sind keine Schranken gestellt. Da sieht Ihr, wie sie schon hereinbrechen. Puh, machen die enttäuschte Gesichter, weil sie die Löcher schon von Mäusen besetzt finden. Da legt man sich neben und unter die Pritsche, auf den Fußboden, wohin es eben geht.“

„Auf diesen Boden?“ meinte Felix mit einem Ausdruck des Ekels, indem er auf die von Schmutz starrenden Dielen wies.

gen werden? Nein, dreimal nein, und deshalb darf Niemand, welcher das allgemeine Stimmrecht, dieses kostbarste Gut unseres Volkes, erhalten will, einem Nationalliberalen seine Stimme geben.

Dass die Conservativen abgesagte Feinde des allgemeinen Wahlrechtes sind, ist so bekannt, daß wir hierüber kein Wort weiter zu verlieren brauchen. Ja, in den Köpfen unserer ostelbischen Junker spiegeln sich so wunderbare Anschauungen wieder, daß ihnen sogar das Dreiklassensystem zu demokratisch ist, sie möchten am liebsten die alten Ständekammern wiederherstellen. Aber nicht allein die Conservativen, sondern auch höhere Beamte sind durchweg Gegner des allgemeinen Stimmrechtes. Uns liegt hierfür ein interessantes Beispiel vor. Im Jahre 1880 hatte ein Regierungsassessor Dr. Schubart, der inzwischen wohl auf der Leiter der Beamtenhierarchie einige Stufen höher gekommen sein wird, eine gebragte Darstellung der Verfassung und Verwaltung des deutschen Reiches und des preußischen Staates veröffentlicht, welcher als Leitsablen für Subalternbeamte, insbesondere für Eisenbahnbeamte dienen sollte. In diesem Leitsablen kommt nun folgende Stelle vor:

„Das allgemeine Wahlrecht führt allerdings leicht dazu, daß der rohen und unerfahrenen, aber zahlreichen Massen die Macht über die höheren Klassen der Gesellschaft verliehen wird, die Interessen jeder Bildung, Cultur und des Vermögens bedroht werden und durch die Quantität der besseren Qualität der Wähler Eintrag gethan wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Uebelstände in Preußen bei einer Dreiklassenvorwahl wesentlich vermieden werden, und ist es größtentheils eine Folge dieses Systems, daß in Preußen im Gegensatz zum Reiche die Socialdemokratie bisher nicht aus den Wahlen der Volksvertreter siegreich hervor gegangen ist.“

So wie Herr Schubart denken aber mit wenigen Ausnahmen fast sämtliche Regierungsbeamte. Darum, wenn Ihr Euch das allgemeine Stimmrecht erhalten wollt, wählt keinen Conservativen irgend welcher Schattierung und wählt keinen abhängigen Regierungsbeamten, mag er ein Amt bekleiden, welches er wolle. Wozu übrigens Landräthe, Regierungspräsidenten usw. im Reichstage sitzen, vermögen wir absolut nicht einzusehen, denn wenn die Regierung die Meinungen dieser Herren zu hören möchte, hat sie jederzeit Gelegenheit dazu, sie zu erfahren.

Die Reichsregierung hat nach dem Sturz des Fürsten Bismarck mit einer Aera der Handelsverträge begonnen und schon viel verheißende Schritte auf dieser Bahn gethan. In welchen Stand Deutschland gerathen wäre ohne dieses kluge Vorgehen der Regierung, zeigt uns am besten der Handelskrieg zwischen Frankreich und der Schweiz. Dieser Handelskrieg würde in Europa heute der allgemeine Zustand sein, wenn nicht die vielgeschmähten Handelsverträge abgeschlossen worden wären. Wir im Osten des Deutschen Reiches haben von den Handelsverträgen bis jetzt noch nicht viel Vortheil gehabt, wir werden jedoch auch an den Segnungen derselben im vollen Maße teilnehmen, wenn erst der Handelsvertrag mit unserem großen Nachbarreiche Russland zu Stande gekommen sein wird. Wir brauchen keinem unserer Leser auseinanderzusetzen, wie sehr der blühende Handel Danzigs durch die Bismarcksche Wirtschaftspolitik geschädigt worden ist, die meisten haben das leider in ihrem eigenen Leibe erfahren. Nur ein Handelsvertrag mit Russland kann uns helfen, nur ein solcher vermag den Verkehr zu heben und tausende von Arbeitern wieder eine ausreichende Beschäftigung zu geben, wie in früheren Jahren. Unsere Leser wissen, daß es eine Partei gibt, die gerade unter den Großhandelsfirmen unserer östlichen Provinzen zahlreiche Anhänger zählt, welche die Politik der Handelsverträge bekämpft und von dem russischen Handelsvertrag behauptet, daß er nur „einigen Danziger Kaufleuten und Flissaken“ zu gute

kommen werde. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Leute keine Gelegenheit haben werden, den russisch-deutschen Handelsvertrag zu Falle zu bringen. Ein solcher Handelsvertrag bringt uns mit dem großen Jarenreiche in immer nähere und näherte Verbindung und trägt auf diese Weise mehr dazu bei, den Frieden zu festigen, als wenn die Präsenzstärke der deutschen Armee um einige Tausend Mann vermehrt wird. Also wählt nur solche Leute, die klipp und klar die Erklärung abgeben, daß sie für die Handelspolitik der Regierung eintreten wollen.

Als Deutschland nach Jahrhunderte langer Zerrissenheit die lang ersehnte Einigkeit in dem blutigen französischen Krieg errungen hatte, war einer der dringendsten Wünsche der gesamten deutschen Nation der, daß diese Einigkeit auch auf dem Gebiete des Münzwesens zum Ausdruck käme. Dieser Wunsch ist erfüllt worden, und da der Strom der französischen Milliarden uns eine Position auf dem internationalen Geldmarkt geschaffen hatte, wie sie Deutschland nie vorher eingenommen hatte, so konnte Deutschland mit einer Regelung des Münzwesens zugleich die Einführung der Goldwährung verbinden. Seit zwei Jahrzehnten gilt bei uns die Goldwährung, wir haben uns wohl dabei befunden und die Nachbarn haben uns deshalb beneidet. Zu den letzteren gehörten wohl in erster Linie die Angehörigen des lateinischen Münzbundes, denn auf dem Edelmetallmarkt war inzwischen eine verhängnisvolle Änderung eingetreten. Es waren in Amerika neue ergiebige Silberminen entdeckt worden und die Produktionsmethoden wurden so verbessert, daß das Silber aufgeholt hat, ein zu Währungswecken geeignetes Edelmetall zu sein und um 30 Prozent in Wert gesunken ist. Jetzt mit einem Male kommt eine große Partei und verlangt die Abänderung der Gold- und Wiederherstellung der Silberwährung. Dieser Hergang erinnert an die Vorgänge in Rom zur Zeit der catilinischen Verschwörung. Catilina und seine Anhänger wollten sich ihrer Schulden entledigen und griffen deshalb zum Schwert, um ihre Gläubiger tötzuschlagen, unsere Agrarier wollen sich heute gleichfalls ihrer Schulden entledigen, sie sind aber stetsamer als jener tapfere Verschwörer und verlangen Wiederherstellung der Silberwährung, da durch dieselbe ihre Schulden wenigstens um den dritten Theil gemildert werden würden. Und solchen „Rippen und Wippen“ sollte ein deutscher Bürger, ein deutscher Arbeiter seine Stimme geben? Das glaube wer Lust hat, wir glauben es nicht. Die Geldverschlechterer werden ja sehen, daß es im deutschen Reiche recht wenig Dumme gibt, die auf diesen Leim hereinsallen.

Das sind nur drei Punkte, die wir in dem jetzigen Wahlkampfe nicht außer Acht lassen dürfen. Damit ist jedoch die Liste dessen, was wir zu vertheidigen haben, noch lange nicht erschöpft, und wir werden in einem besonderen Artikel die Rechte der Arbeiter hervorheben, welche durch einen reactionären Reichstag auf das Höchste bedroht sind.

kommen werde. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Leute keine Gelegenheit haben werden, den russisch-deutschen Handelsvertrag zu Falle zu bringen. Ein solcher Handelsvertrag bringt uns mit dem großen Jarenreiche in immer nähere und näherte Verbindung und trägt auf diese Weise mehr dazu bei, den Frieden zu festigen, als wenn die Präsenzstärke der deutschen Armee um einige Tausend Mann vermehrt wird. Also wählt nur solche Leute, die klipp und klar die Erklärung abgeben, daß sie für die Handelspolitik der Regierung eintreten wollen.

Als Deutschland nach Jahrhunderte langer Zerrissenheit die lang ersehnte Einigkeit in dem blutigen französischen Krieg errungen hatte, war einer der dringendsten Wünsche der gesamten deutschen Nation der, daß diese Einigkeit auch auf dem Gebiete des Münzwesens zum Ausdruck käme. Dieser Wunsch ist erfüllt worden, und da der Strom der französischen Milliarden uns eine Position auf dem internationalen Geldmarkt geschaffen hatte, wie sie Deutschland nie vorher eingenommen hatte, so konnte Deutschland mit einer Regelung des Münzwesens zugleich die Einführung der Goldwährung verbinden. Seit zwei Jahrzehnten gilt bei uns die Goldwährung, wir haben uns wohl dabei befunden und die Nachbarn haben uns deshalb beneidet. Zu den letzteren gehörten wohl in erster Linie die Angehörigen des lateinischen Münzbundes, denn auf dem Edelmetallmarkt war inzwischen eine verhängnisvolle Änderung eingetreten. Es waren in Amerika neue ergiebige Silberminen entdeckt worden und die Produktionsmethoden wurden so verbessert, daß das Silber aufgeholt hat, ein zu Währungswecken geeignetes Edelmetall zu sein und um 30 Prozent in Wert gesunken ist. Jetzt mit einem Male kommt eine große Partei und verlangt die Abänderung der Gold- und Wiederherstellung der Silberwährung. Dieser Hergang erinnert an die Vorgänge in Rom zur Zeit der catilinischen Verschwörung. Catilina und seine Anhänger wollten sich ihrer Schulden entledigen und griffen deshalb zum Schwert, um ihre Gläubiger tötzuschlagen, unsere Agrarier wollen sich heute gleichfalls ihrer Schulden entledigen, sie sind aber stetsamer als jener tapfere Verschwörer und verlangen Wiederherstellung der Silberwährung, da durch dieselbe ihre Schulden wenigstens um den dritten Theil gemildert werden würden. Und solchen „Rippen und Wippen“ sollte ein deutscher Bürger, ein deutscher Arbeiter seine Stimme geben? Das glaube wer Lust hat, wir glauben es nicht. Die Geldverschlechterer werden ja sehen, daß es im deutschen Reiche recht wenig Dumme gibt, die auf diesen Leim hereinsallen.

Das sind nur drei Punkte, die wir in dem jetzigen Wahlkampfe nicht außer Acht lassen dürfen. Damit ist jedoch die Liste dessen, was wir zu vertheidigen haben, noch lange nicht erschöpft, und wir werden in einem besonderen Artikel die Rechte der Arbeiter hervorheben, welche durch einen reactionären Reichstag auf das Höchste bedroht sind.

Politische Tageschau.

Danzig, 12. Mai.

Eine schmerzhafte Nachricht. Ganz überraschend kommt eine Runde, die nicht verfehlten wird, in den weitesten Kreisen des liberalen Bürgerthums schmerzliches Erstaunen, ja sagen wir es gerade heraus, Bestürzung zu erregen. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Ludwig Bamberger, einer der hervorragendsten Männer des Freiheits, der ein Menschenalter im politischen Kampfe gefand, hat, wird ein Mandat nicht wieder annehmen. Auch das ist eine traurige Folge der jetzigen Reichstagsauflösung. Dr. Bamberger wird in diesem Sommer 70 Jahre und seine Gesundheit erlaubt ihm leider nicht mehr, an den parlamentarischen Kämpfen Theil zu nehmen. Ein schwerer Verlust ist das für unsere Volkvertretung. Es

„Ah was, das thun Sie nicht. Sie müssen nämlich wissen“ — das verschmitzte Lächeln trat auf seinem Gesichte hervor — „wir geriebenen Jungen beeilen uns nur deshalb so sehr, einen guten Platz zu erwischen, um denselben nachher an Euresgleichen zu verschachern. Ich habe das Geschäft wenigstens schon ein paar hundertmal gemacht. Was wollen Sie, man muß alles mitnehmen, wenn man auf dem Transport nicht obendrein verhungern will. Für die zwanzig Pfennige der Regierung kann man sich nicht halb saltzen.“

Damit stand er auf und ließ den Edelmann den Platz einnehmen.

„Bevor ich mir meinen Thee von den Soldaten kause, will ich Euch noch etwas zeigen,“ äußerte er mit schlauer Miene. „Ihr werdet noch nicht wissen, daß wir auch einen Telegraph in den Etappen haben.“

Bolkhoski sah ihn erstaunt an.

Der Brodjak deutete auf die Schlafbanken.

„Passen Sie mal auf,“ sagte er und warf nun einen prüfenden Blick auf die Wände der Etappe und sodann auf das Holz der Schlafbänke.

„Geht Ihr“ — er zeigte auf die Mauer — „wie das alles beschrieben und beschriftet ist.“

In der That — die Mauern waren mit Namen, Grüßen, guten Rathschlägen und allen möglichen anderen Unterschriften bedekt, welche die erfundene Schriftsteller, ungeübter Hand eingeschriebene Schriftzeichen gestattete. Endlich gelang sie ihm aber doch und mit tiefer Bewegung hastig eine Thräne aus den Augen wischend, las er folgende Botschaft:

„Gott segne meine Kinder! Mein Herz ist bei Euch. Wladimir Bolkhoski.“

wird unsere Leser interessieren, die wesentlichen Theile eines Briefes kennen zu lernen, mit dem Dr. Bamberger von seinem bisherigen Wahlern Abschied nimmt. Wir sind in der Lage, diesen Brief mitzutheilen. Er lautet:

„Geehrte Herren!

Auf mein Telegramm von Sonntag, den 7. d. M., des Inhalts, daß ich auf eine Wiederwahl verzichten müsse, erhielt ich einige Stunden später auf demselben Wege Ihre Antwort dahin lautend: „Bericht über-einstimmig abgelehnt; Brief unterwegs“. Dementsprechend habe ich das von den 10 Mitgliedern des Vorstandes eigenhändig unterschriebene Schreiben des selben Tages empfangen, welches mir in den dringendsten und wärmsten Worten ans Herz legte, die Candatur noch einmal anzunehmen mit der Versicherung, daß mir jede persönliche Bemühung im Wahlkampf erwart werden solle.“

Dr. Bamberger spricht es alsdann aus, wie schwer ihm sein Entschluß wird und sagt, gleichwohl müsse er auf seinem Vorfall beharren. Er fährt fort in Bezug auf eine frühere Correspondenz mit seinen Wählern:

„Wie Ihnen erinnerlich, habe ich vor längerer Zeit auf die betreffende Anfrage geantwortet, daß ich eine Wiederwahl zwar annehmen würde, aber eine Verpflichtung, persönlich in den Wahlkampf einzutreten, ablehnen müsse. Das war mir auch zugesichert worden, und ich hätte gewiß an meiner Zusage festgehalten, wenn nicht der ganz plötzlich am Abend des 5. Mai über die Fraktion hereingebrochene Brief die Lage der Dinge zu meinem großen Bedauern so verderblich umgestaltet hätte. Die Verwirrung, welche unausbleiblich sich an dieses Ereignis anschließen muß, konnte mir nicht mehr gestatten, als Ihr Kandidat aufzutreten, wenn ich mich nicht persönlich an den Ausseiterselbungen beteiligte, die jetzt in den Vordergrund des Wahlkampfes treten werden. Ich mußte bereit sein, Rede zu stehen nicht bloß für das, was geschehen war, sondern auch für die Haltung, die ich in Zukunft beobachten wollte. Dies schuf mir Aufgaben, welche der augenblickliche Stand meines Bestrebens, welcher die äußerste Schonung verlangt, mir nicht gestatten hätte.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Die eigentümlichen Umstände, unter denen das Ende der Session eingetreten ist, und welche der kommenden Session harren, werden es keinem Abgeordneten, der sein Mandat ernnt nimmt, gestatten, sich von der Tagung des Parlaments fernzuhalten. Die Ausübung dieser Pflicht könnte ich aber für die nächste Zeit nicht übernehmen. In der ganzen langen Zeit, während der ich die Ehre hatte, dem Reichstag als Mitglied anzugehören, habe ich nur in den dringendsten Fällen ganz selten gesetzt, weil ich der Ansicht war, daß ein Mandat nicht bloß der äußeren Ehre halber ertheilt werde, sondern im strengsten Sinne des Worts als die Erfüllung einer ernsten Dienstpflicht aufzufassen sei. Mit dem stillen Vorbehalt, in der Zukunft von diesem Grundsatz abzuweichen, kann ich ein Mandat nach meiner Überzeugung nicht annehmen, jetzt weniger als jemals.

Wie schwer es mir wird, dieses lezte Wort auszu sprechen, mögen Sie ermessen. Es bedeutet für mich nicht nur den Abschied von der parlamentarischen, sondern von der aktiven politischen Laufbahn überhaupt, was noch viel mehr ist, die Trennung von einer Wählerschaft, mit der ich von Jugend auf durch die innigsten Bande des gegenseitigen Vertrauens und der Sympathie verbunden gewesen bin, und mit der ich in Geist verbunden zu bleiben hoffe, so lange ich lebe.

Nochmals meinen tiefsinnigen Dank den Unterzeichnern Ihres Briefes und der Gesamtheit meiner Wähler.

Mit herzlichem Gruß

Ihr ergebener

Ludwig Bamberger.

Wir glauben an die Zukunft der liberalen Sache, die nicht von einzelnen Persönlichkeiten, und wären sie auch noch so hervorragend, abhängig ist. Diese Zuversicht gibt uns auch die Gewissheit, daß das freisinnige Bürgerthum auch den Rücktritt Ludwig Bambergers und zwar um so eher ertragen wird, als sein leuchtendes Beispiel viel davor beigetragen hat, der liberalen Sache treue und opferfreudige Anhänger zu gewinnen.

Eine sensationelle Nachricht läßt sich der „Gaulois“ aus Rom schicken: „Der Papst bereitet eine Enzyklika an die europäischen Regierungen vor, in welcher er zu beweisen sucht, daß

die Wand gemalt oder blos da hinein gekritzelt hatten

die erdrückenden Heereslasten, zu welchen sie sich verurtheilen, eine Reihe ungusbleiblicher Katastrophen herbeiführen müssen. Leo XIII. lenkt die Aufmerksamkeit der Staatsoberhäupter auf das Bedürfnis einer allgemeinen Friedenspolitik, welche das Ende der arbeitenden Klassen erleichtern würde. Der Papst soll entschlossen die Prüfung der Abrüstungsfrage verlangen. Man versichert, in seinem Gespräch mit Wilhelm II. habe er sich lebhaft bemüht, den Kaiser für seine Ansicht zu gewinnen; die Regierungen von Italien, Österreich-Ungarn und Spanien hätten ihre Zustimmung gegeben. Russland allein hätte auf eine vorgängige Frage mit einigen Vorbehalten geantwortet; in dem Falle aber, daß es endgültig zustimme, würde es beauftragt werden, einen Druck auf Frankreich auszuüben, um auch diese Macht für die Maßregel zu gewinnen. Es ist bekanntlich nicht das erste Mal, daß verbreitet wird, der Papst beschäftige sich mit der Abrüstungsfrage.

* * * * *

Der Wahlauftruf der Nationalliberalen ist nunmehr auch erschienen. Derselbe liest sich wie ein Kreisblattartikel des Militärbureau. Die nationalliberale Partei konstituiert sich durch diesen Wahlauftruf als die eigentliche Militärapartei in Deutschland. Von andern Dingen wie von der Militärvorlage ist darin nur am Schluss ganz beiläufig mit einigen Phrasen die Rede. Der Widerstand gegen die außerordentliche Belastung aus der Militärvorlage wird als ein „Streit“ bezeichnet. Die Mehrheit der Gegner habe sich unter „dem Banner engherzigen Fraktionssatzes zusammengefunden.“ Das ist die bekannte Bismarcksche Reptiliensprache, wonach Alles, was der Regierung nicht paßt, aus Fraktionssatz entsteht. Mit den Phrasen dieses Aufrufs kontrastieren in schärfer Weise die bekannten oppositionellen Reden Bennisens gegen die Vorlage bei der ersten Plenarberatung und zweiten Commissionsberatung. Doch das ist schon lange her. Und doch sind jene Reden erst vor sechs Monaten und sechs Wochen gehalten worden. Ueber das Verhältniß zu andern Parteien ist in dem Aufruf nichts gesagt, als daß in dem Kampf „gegen die revolutionäre Gefahr der Gegenwart alle Freunde des inneren Friedens fest zusammenstehen müssen.“

* * * * *

Der Aufstand in Hull neigt sich dem Ende zu. Die Strikenden haben sich zu Gunsten der Eröffnung von Unterhandlungen entschieden. Wie es heißt, bieten die Rheder ein neues Uebereinkommen auf der Grundlage an, daß die gleichmäßige Behandlung der unionistischen Arbeiter garantiert sein soll. Heute ging folgendes, die günstigen Ausichten bestätigendes Telegramm ein:

Hull, 12. Mai. Zwischen den Delegirten der Rheder und den Strikenden fand gestern eine Conferenz statt. Man hofft auf eine Lösung des drohenden Conflicts.

* * * * *

Die englischen Gewerksvereine. Das Arbeitdepartement des Handelsministeriums veröffentlicht soeben ein Blaubuch über den Stand der großbritannischen Trade Unions im Jahre 1891. Der statistischen Compilation liegen die Ausweise von 431 Trade Unions mit einer Mitgliederzahl von 1109014 und einem Vermögen von 1723480 Pfund Sterl. (= 34469600 Mark) oder etwas über 31 Mark pro Kopf, zu Grunde. Im Jahre 1890 standen Daten bloß von 236 Vereinen zur Verfügung; sieht man diese nämlichen 236 Unions pro 1890 und pro 1891 miteinander in Vergleich, so ergiebt sich eine Abnahme der Mitglieder um 4084 (auf 843872); dagegen nahm ihr Einkommen um 68669 Pfund, also um ungefähr 1370000 Mark, zu. 1891 betrug es 1222484 Pfund (= etwa 24 Millionen Mark), während auf der anderen Seite allerdings die Ausgaben um 184126 Pf. (ca. 3,7 Mill. Mark) gestiegen sind. Die größte Ausgabensteigerung ergab sich unter dem Titel: „Zu Gunsten Arbeitsloser“, ein Posten, der im Bericht für 1890 mit 5733 Pfund, in dem für 1891 aber mit 60573 Pfund angeführt wird; wohl ist zu bemerken, daß die Daten für diese Rubrik sich im Jahre 1890 bloß auf 117 Unions bezogen, während sie sich pro 1891 auf 130 Vereinigungen erstrecken; aber diese Vermehrung der in Betracht gezogenen Objekte kann für sich allein unmöglich die riesige Steigerung der Ausgaben erklären.

* * * * *

Kammerauflösung in Frankreich? Seit einigen Tagen steht in den Wandlungsgeprächen des Palais Bourbon wie in den Erörterungen der Pariser Presse das Schlagwort „Kammerauflösung“ im Vordergrunde. Man hat guten Grund hierin eine jener Suggestionerscheinungen zu erkennen, die im Völkerleben von jeher eine wichtige Rolle spielen. Der Panamandal, in dessen Verlaufe wiederholt das Verlangen nach Ersetzung der gegenwärtigen Volksvertretung durch eine ihres hohen Amtes würdigere aufgetaucht war, ist abgehängt, die unmittelbare Gefahr einer Cabinskrisis nicht vorhanden, ein fassbarer Anlaß zur Erwähnung der Frage, ob die Kammer sich ausleben oder noch vor dem Erlöschen ihrer Mandatsdauer auseinandergehen soll, liegt nicht vor. Wenn trotzdem die Kammerauflösung zum Schlagwort des Tages geworden ist, so ist dies lediglich eine Rückwirkung des Schlagworts Reichstagsauflösung, das wochenlang über den Wasgau hinüber nach Frankreich drang und die dortige öffentliche Meinung so lebhaft beschäftigte, daß sie es schließlich zu ihrem eigenen machte.

Wie wenig der Wunsch nach baldiger Kammerauflösung einer ursprünglichen Volksstimme entstammt, ergiebt sich aus der Art, wie diese Frage behandelt wird, und aus den Gründen, die für und wider den Vorschlag vorgebracht werden. Von der Unwürdigkeit einer Kammer, die anderthalb Hundert Abgeordnete der Panamagellschaft umfaßt, die Nation zu vertreten, spricht kein Mensch, alle Gründe für die ungesäumte Erneuerung der Volksvertretung werden dem Gedankenkreise der äußeren Politik entnommen. Die Krise in Deutschland, so wird ausgeführt, könne leicht zu Verwicklungen führen, da sei es denn ein Gebot der nationalen Würde und des Selbstbehauptungstriebes, daß Frankreich seinen Freunden wie Feinden gegenüber durch eine starke Regierung vertreten erscheine, welche ihre stärkste Stütze in einer von Selbstvertrauen getragenen Kammer finde. Dazu sei die Befestigung der gegenwärtig innerlich gebrochenen, jedes Ansehens baren Volksvertretung und ihre Ersetzung durch eine Kammer erforderlich, die den unmittelbaren Ausdruck des Volkswillens darstelle. Demselben Gedankenkreise entnehmen auch die ihre Gründe, die dem natürlichen Laufe der Dinge

nicht vorgreifen und die heilige Kammer ihre Mandatsdauer bis zum letzten Tage erschöpfen lassen wollen. Diese erklären, daß es höchst unbefonnen wäre, die Regierung in dem Augenblick der Stütze eines Parlaments zu berauben, da die Krise in Deutschland die größte Unsicherheit in die europäische Gesamtstätte bringe. Beide Parteien gehen von einer falschen Voraussetzung aus, indem sie annehmen oder doch vorgeben, die Vorgänge in Deutschland könnten zu einer Gefahr für den europäischen Frieden führen; aber ihre Übereinstimmung in dieser durch nichts zu rechtfertigenden Voraussetzung kennzeichnet das Grundprinzip der gegenwärtigen Auflösungs-Erörterung.

Zu welchem Ergebnisse diese führen wird, läßt sich um so schwerer beurtheilen, als die Stellung der Regierung zu der Frage sehr unklar ist. Neulich hieß es, Carnot sei für die unverträgliche Ausschreibung von Neuvaolen, um einem Handstreich des Herrn Constant vorzubeugen. Tags darauf wurde das gerade Gegenteil gemeldet. Inzwischen taucht ein eigenhümlicher Vermittlungsvorschlag auf, der von dem Abg. Letellier ausgehen soll. Ihm zufolge sollen die Neuwahlen schon Anfang Juli stattfinden, die gegenwärtige Kammer aber bis zum 14. Oktober, dem Tage des verfassungsmäßigen Mandatsablaufs, fortbestehen. Frankreich hätte dann einige Wochen lang zwei Kammer, eine gesetzlich thätige und eine zweite, die gemischaus machen in der Reserve stände, um für jene einzutreten, wenn ein kritischer Augenblick dies wünschenswert erscheinen lassen sollte. Der Antrag, das Gesetz vom Jahre 1881 in dieser Richtung zu ändern, soll noch vor Pfingsten in der Kammer eingebrochen werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Mai.
Berufung des neuen Reichstags In den maßgebenden Regierungskreisen tritt man sich, wie die „Arenzta“ meldet, mit der Absicht, den neuen Reichstag bereits zum 26. Juni einzuberufen. Als Motiv für diesen frühen Termin wird die Ratifizierung des deutsch-serbischen Handels-Vertrags angegeben. Wenn der selbe nicht bis zum 1. Juli in Kraft trete ein Vacuum eintrete.

Paderborn, 8. Mai. In vergangener Nacht, gegen Mitternacht, geriet der Lieutenant von Schachten vom hiesigen Husaren-Regiment mit Civilisten, denen er „Maul halten“ geboten haben soll, in Wortwechsel, wobei der Lieutenant, der übrigens schon vorher mit dem Säbel fuchtelnd durch die Straße gegangen sein soll, dem Eisenbahn-Rottenarbeiter Brokmeier an einem Unterarm eine schwere Verwundung beigebracht hat.

Großbritannien.

London, 11. Mai. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Bathurst vom heutigen Tage, französische Offiziere hätten in Mambuntang die britische Flagge niedergeholt und gleichzeitig einen eingeborenen Häuptling fortgeschleppt. Mambuntang liegt in der Nähe von Panchang am Gambia innerhalb der britischen Grenze.

London, 11. Mai. Der Arbeiter Townsend ist unter der Anschuldigung, Gladstone vorsätzlich mit dem Tode bedroht zu haben, falls er die Home-rulebill nicht zurückziehen sollte, vom Polizeigericht in Bowstreet vor die Assizes verwiesen worden.

Hull, 11. Mai. Eine Feuersbrunst in den Docks zerstörte heute früh die Niederlage der Humbert-Engineering-Company, welche dicht neben der jüngsten Brandstätte gelegen ist.

Frankreich.

Marseille, 11. Mai. General Dodds ist heute auf seiner Rückreise von Dahomey hier angekommen und von den Spionen der Civil- und Militärbehörden empfangen worden. Eine große Volksmenge brachte demselben Ovationen dar. Viele Häuser sind bestellt. Der General wurde auf der Fahrt durch die Stadt von einer großen Volksmenge enthusiastisch unter den Rufen: „Es lebe Dodds! Es lebe die Armee!“ begrüßt. Der sozialistische Maire von Marseille hieß eine Ansprache an Dodds, in welcher er die Verdienste des Generals und die Tapferkeit der Soldaten feierte.

Ruhrland.

Ein nihilistisches Complot. Nach einer Meldung aus Petersburg deuten alle Umstände, die im Zusammenhang mit der jüngst gemeldeten Ermordung eines Studenten bei der Eisenbahnhaltung Pljussa ans Tageslicht gekommen sind, das Bestehen einer weit verzweigten Nihilistenverschwörung an. Die Annahme, daß der Ermordete Mitglied einer geheimen politischen Verbündnis war und gefördert wurde, um zu verhindern, daß er wichtige Geheimnisse verrate, ist durch materielle Beweise voll bestätigt worden. Zwei junge Männer, die wegen des Verbrechens verhaftet worden sind, wurden bereits gehängt. In ihren Wohnungen wurden Papiere beschlagnahmt, die eine Menge anderer Personen compromittieren.

Gerichtszeitung.

Vestigungsprozeß vor dem Reichsgericht. In der ber bekannten Anklagesache wider den Strom-Polizei-Inspector Bach und Genossen war der mißangeklagte Schleifermeister Robert Schulz in Gr. Plehnendorf von der Strafkammer zu Danzig am 18. Februar verurtheilt worden, hatte jedoch dagegen Revision eingezogen, die am Dienstag vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt wurde. Das Urtheil der Vorinstanz war auf folgenden Thatbestandsbefunden begründet. Schulz hatte zur Arbeitsleistung des Strom-Polizei-Inspectors Bach diefem das Nummerne der Lourzenzettel abgenommen. Alle Führer von Holzstrafen, die die Plehnendorfer Schleuse passieren wollten, hatten sich von Schulz den Schein ausstellen lassen, daß sie vor der Schleuse angekommen seien. G's Geschäftspraxis war hierbei eine sehr einfache; er begnügte sich vielfach mit einer Benachrichtigung von Danzig, die mit Goldmünzen beschriftet, ihm das Nahen des Fahrzeuges anzeigen. Es erwuchs ihm dadurch in 77 Fällen eine Vereicherung um 118 Mark. Die Revision rügt Verleugnung des § 223 der Strafprozeßordnung. Das Gericht hatte nämlich die Zeugen, die einer Vernehmung durch Geschäftsräte ins Ausland aus dem Wege gingen, wo es ihnen habhaft werden konnte, anhalten und commissarisch vernehmen lassen, ohne dem Angeklagten und dessen Vertheidiger Nachricht davon zugeben zu lassen und dies mit „Gefahr im Verzuge“ motiviert. Das Reichsgericht verwarf aber die Revision, bestätigte das in Danzig gesetzte Urtheil und legte dem Angeklagten die Kosten der Revisionsinstanz auf.

Danziger Lokal-Zeitung.
Danzig, 12. Mai.
Witterung für Sonntag, 14. Mai.
Wolkig, Regenfälle, wärmer.

Der gestrige Feiertag. Seiten sind wohl an einem Himmelfahrtstage so viele Bewohner unserer Stadt hinaus ins Freie geübt, wie gerade gestern. War es doch der erste wirklich schöne Tag in diesem Frühjahr. Schon früh Morgens zog es in Schaaren aus den Thoren, um am arbeitsfreien Tage da draußen in Jäschenthal oder einem anderen Vororte Danzigs die Maituft zu genießen. Die wenigen Tröpfchen Regen, die um die Zeit des Morgenkauses fielen, haben wohl nur eine ganz geringe Zahl von Ausflüglern in ihrem Entschluß wankend gemacht. Und nun erst gar am Nachmittage! Die so beliebten und zu dieser Zeit sehr gesuchten Einsichten in Oliva vermochten die Menge der Equipagen, Kremsern und anderer Gefährten nicht zu fassen, welche ihre Insassen dem königlichen Garten oder dem zwar noch im leichten Schleier des Frühlingsgrüns prangenden Walde zuführte. Joppot beginnt seine Anziehungskraft bekanntlich erst ungefähr einen Monat später auszuüben, trotzdem waren die Vorzüglichkeiten von hier aus so überfüllt, daß in den Abendstunden in Oliva Hunderte vergebens Platz in den fahrlässigen Jügen suchten. Es mußten mehrere Extrajüge eingelegt werden, welche die Wartenden zur Stadt brachten. Den großen Verkehr charakterisieren wohl am besten die amtlichen Zahlen der gestern verkauften Billets. Auf der Strecke Danzig-Joppot sind gestern nach Oliva 290 Rückfahrtkarten zweiter und 645 dritter Klasse, nach Joppot 321 zweiter und 885 dritter Klasse verkauft worden, nach Langfuhr 171, im ganzen also 2312 Fahrkarten. Auch die Westerplatte hatte einen für diese Zeit ungewöhnlich zahlreichen Besuch. Der größte Theil hatte sich hier wohl in dem gegen den kühlsten Seewind geschützten Kurpark vereinigt, wo das erste diesjährige Concert stattfand, welches von der Kapelle des 128. Regiments ausgeführt wurde. Die Tourdampfer zwischen hier und Danzig fuhren nach Bedürfnis und erst gegen 10 Uhr gelangten die letzten Ausflüglern wieder in Danzig an. Zur bequemeren Förderung des Publikums zwischen Neufahrwasser und der Westerplatte war die Dampffähre in Thätigkeit gesetzt, welche von jetzt ab vorläufig an Sonntagen das Uebersetzen vermittel wird. Auch Heubude, selbst Bohnsack, Weichselmünde und Gleitkau hatte viele zum Ende ihres Ausfluges oder ihrer Ausfahrt gemacht.

* * * * *

*** Die bevorstehenden Wahlen.** Wie wir schon mitgetheilt haben, ist seitens des Ministers des Innern angeordnet worden, daß vom 18. d. M. also vom nächsten Donnerstag an die Wahllisten zu Jedermann's Ansicht ausgelegt werden sollen. Der bejüngliche § 8 des Wahlgesetzes hat folgenden Wortlaut:

„In jedem Bezirk sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermann's Einsicht auszulegen, und ist dies zu unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzuzeigen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erleben, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diesejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Wie bekannt ist die Auflösung des Reichstages ziemlich überraschend gekommen und der Tag der Wahl ist so früh anberaumt worden, als es nur möglich war. Bei der Eile, mit der die Wahlzettel dieses Mal hergestellt werden müssen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie manche Irrtümer enthalten werden. Erfahrungsgemäß leiden die Wähler aus dem Arbeiterstande unter dieser Mangelhaftigkeit der Listen am meisten. Es wird deshalb sich eine Organisation zur Massendurchsicht der Wahlzettel empfehlen. Wir schlagen deshalb vor, daß in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik je nach Bedarf Vertrauensmänner ernannt werden, welche alphabetisch geordnete Verzeichnisse der Wähler (Vor- und Juname und Wohnung) anstrengen und an der Hand dieser Verzeichnisse die offiziellen Wahlzettel durchsehen. Neben dieser Massendurchsicht ist es Pflicht jedes einzelnen Wählers, sich davon zu überzeugen, ob seine Name in die Wählerliste Aufnahme gefunden hat. Wer diese geringe Mühe scheut, muß es sich unter Umständen gefallen lassen, von der Ausübung seines höchsten staatsbürgerschen Rechtes ausgeschlossen zu sein.

Wir sind gern bereit, für diejenigen unserer Leser, welche durch ihre Beschäftigung verhindert sind, selbst die Wahlzettel einzusehen, und auch keine Bekannte haben, denen sie die Kontrolle anvertrauen können, das Nachsehen zu besorgen, und bitten deshalb diejenigen unserer Abonnenten, welche von unserem Anerbieten Gebrauch machen wollen, uns Vor- und Juname und Wohnung möglichst bald mitzuteilen zu wollen. Wir werden über das Resultat der Prüfung s. J. Mittheilung machen.

* * * * *

*** Die Wahlbewegung in unserer Provinz.** Wie in Schleswig-Holstein und im Großherzogthum Baden haben auch die Freisinnigen der Provinz Westpreußen sich überwiegend dahin geeinigt, die Spaltung in der Partei während der Wahlen außer Acht zu lassen und zu den beiden freisinnigen Gruppen erst nach den Wahlen Stellung zu nehmen.

In Graudenz beabsichtigen die Freisinnigen sich mit den Nationalliberalen über die Aufführung eines gemeinsamen Candidaten zu einigen, ein entscheidender Entschluß wird erst in einer Versammlung am Freitag gefaßt werden.

Der neue liberale Wahlverein für den Kreis Neustadt-Putzig-Carthaus wird gleichfalls in die Wahlbewegung eintreten und am Sonntag Nachmittag in Joppot seine erste Wählerversammlung abhalten. Weitere Versammlungen sollen in den nächsten Tagen in Neustadt, Carthaus und Putzig folgen.

In Bromberg haben die freisinnigen Vertrauensmänner beschlossen einen eigenen Candidaten aufzustellen, in den nächsten Tagen soll eine allgemeine Versammlung der freisinnigen Wähler stattfinden. Der in Aussicht genommene Candidat soll, wie die „D. pr.“ mittheilt, der Rickert'schen Richtung angehören.

In Danzig schließlich hat der Vorstand des freisinnigen Wahlcomittees beschlossen den Wählern die Wiederwahl unseres bisherigen Abgeordneten Rickert zu empfehlen. Eine große Anzahl von Wählern aus allen Kreisen unserer Stadt ist der Empfehlung bereits beigetreten.

* * * * *

*** Sozialdemokratische Reichstagskandidatur.** Die sozialdemokratische Partei ist in unserer Stadt

zuerst mit der Aufführung eines Candidaten vorgegangen. Wie der „Vorwärts“ mittheilt, ist als Candidat für die Wahlkreise Danzig Stadt und Danzig Land wiederum Herr Jochem aufgestellt worden. Daß wegen einer etwaigen Doppelwahl des Herrn Jochem einem der beiden Kreise eine Neuwahl erwachsen werde, ist wohl zur Zeit nicht anzunehmen. Im „Vorwärts“ werden ferner die westpreußischen Genossen aufgefordert, sich bezüglich der Vorbeitten an den Reichstagswahlen an das hiesige sozialdemokratische Agitations-Comitee zu wenden.

* * * * *

*** Der Bund der Landwirthe.** Nach den Hoffnungen seiner Begründer soll der Landwirth in dem gegenwärtigen Wahlkampfe in dem Provinz eine bedeutende Rolle spielen. Wir glauben zwar nach unserer Kenntnis der Verhältnisse und nach dem Debüt des verlorenen westpreußischen Wahlvereins nicht, daß der Bund irgend welche nennenswerthen Erfolge haben werde, es wird sich auch in diesem Wahlkampfe im Wesentlichen um die Gegensätze zwischen den alten historischen Parteien handeln. In dieser Ansicht sind wir noch durch den Verlauf einer Versammlung bestärkt worden, welche am Mittwoch Nachmittag im Gasthause des Herrn Perschau in Quadtendorf abgehalten wurde.

Die Versammlung war von mehreren Herren aus dem Danziger Werder einberufen worden, und hatte hauptsächlich den Zweck, die Bauern des Unterwerders für den Bund zu interessieren. Das ist den Verantwortern in keiner Weise gelungen, denn es traten nur 21 Herren dem Bunde bei. Diese geringe Anzahl ist um so mehr bemerkenswerth, als der landwirtschaftliche Verein des Danziger Unterwerders einer der stärksten landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands ist. Daß die Werbung so kläglich ausgefallen ist, ist wohl hauptsächlich der vernichtenden Kritik zuzuschreiben, welche der Vorsitzende des Vereins, Herr Aluge-Nassenhuber, ein streng conservativer Mann, an der Tendenz des Bundes ausübte.

Herr Aluge wies zunächst nach, daß der Verein ein politischer sei und politische Ziele erstrebe. Er werde deshalb nicht nur die bisherigen Parteidifferenzen ausgleichen, sondern auch einen neuen Gegensatz in die Bewegung hineinbringen und den Wirkung noch mehr vergrößern. Der Wahlkampf werde wie bisher zwischen den alten politischen Parteien ausgetragen werden. Zwischen den Groß- und Kleingrundbesitzern bestehe allerdings in manchen Sachen eine Interessengemeinschaft, doch gebe es auch einen „Spalt“ zwischen beiden. Die Großgrundbesitzer hätten in früheren Jahren vielfach ihre Leute in schlechten Wohnungen ohne Fußböden und mit Dächern, durch die das Wasser hindurchgelaufen sei, untergebracht, sie hätten sie ferner so schlecht behandelt, daß sie in die Städte geliefert seien. Die Großgrundbesitzer haben also wesentlich dazu beigetragen, daß die ländlichen Arbeiterverhältnisse heute so schlecht seien. Der Bund der Landwirthe sammelte gegenwärtig große Gelder, richtete glänzende Bureaus ein, stellte hoch dotierte Directoren und Secrétaire an und alles das kommt nur „ausgebauerten“ Rittergutbesitzern zu Gute. Auf die jetzige Begeisterung werde wie bisher zwischen den alten politischen Parteien ausgetragen werden. Zwischen den Groß- und Kleingrundbesitzern besteht allerdings eine Interessengemeinschaft, doch gebe es auch einen „Spalt“ zwischen beiden. Die Großgrundbesitzer hätten in früheren Jahren vielfach ihre Leute in schlechten Wohnungen ohne Fußböden und mit Dächern, durch die das Wasser hindurchgelaufen sei, untergebracht, sie hätten sie ferner so schlecht behandelt, daß sie in die Städte geliefert seien. Die Großgrundbesitzer haben also wesentlich dazu beigetragen, daß die ländlichen Arbeiterverhältnisse heute so schlecht seien. Der Bund der Landwirthe sammelte gegenwärtig große Gelder, richtete glänzende Bureaus ein, stellte hoch dotierte Directoren und Secrétaire an und alles das kommt nur „ausgebauerten“ Rittergutbesitzern zu Gute. Auf die jetzige Begeisterung werde wie bisher zwischen den alten politischen Parteien ausgetragen werden. Zwischen den Groß- und Kleingrundbesitzern besteht allerdings eine Interessengemeinschaft, doch gebe es auch einen „Spalt“ zwischen beiden. Die Großgrundbesitzer hätten in früheren Jahren vielfach ihre Leute in schlechten Wohnungen ohne Fußböden und mit Dächern, durch die das Wasser hindurchgelaufen sei, untergebracht, sie hätten sie ferner so schlecht behandelt, daß sie in die Städte geliefert seien. Die

seiner Compagnien auf dem großen Exercierplatz, und zwar heute diejenigen des 2. Bataillons; morgen Vormittag sollen die des Füsilierbataillons, Montag die des 1. Bataillons folgen.

* Bereidigung. Die Anfangs dieses Monats beim Train-Bataillon 17 eingestellten Rekruten wurden heute Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr im Langfuhr auf dem Hof der Trainkaserne vereidigt.

* Besuch des General-Postmeisters. Gestern Nachmittag traf mit dem Tageschneize von Berlin kommend, der Staatssekretär des Reichs-Postamts, Herr v. Stephan, mit Begleitung des Herrn Geheimen Postrats Hohr hier ein. Beide Herren nahmen im Hotel du Nord Absteigequartier. Anlass zur Hierherkunft des Herrn Staatssekretärs dürfte die Besichtigung des kürzlich von der Reichs-Postverwaltung angekaufte Hauses Langgasse 24 sowie der demnächst stattfindende Um- und Erweiterungsbau des kaiserl. Postamts in der Langgasse sein.

S Wasserleitung auf der Westerplatte. Auf der Westerplatte fand gestern eine Versammlung des Amtsrats der Actiengesellschaft "Weichsel" und einigen Börsenbesitzern statt, welche die Bevratzung über Einrichtung einer Wasserleitung zum Gegenstand hatte. Da das Trinkwasser auf der Westerplatte im allgemeinen recht schlecht ist und Versuche zur Anlage von Tiefbrunnen ebenfalls zu keinem guten Resultat geführt haben, so war diese Frage zu einem dringenden Bedürfnis geworden. Das Ergebnis der Beratung ist nun zunächst die Bildung einer Commission, die zum größten Theil aus den dabei hauptsächlich Mitinteressirten besteht und welche die Vorarbeiten und Verhandlungen zu leiten hat, die nötig sind, um in kürzester Zeit mit der Anlage selbst zu beginnen. Es soll das Wasser der Peiner Leitung, die Neufahrwasser mit Wasser versorgt, unten durch den Hafenkanal geleitet und dann in die Börsen geführt werden. Die Kosten dieser Anlage, wodurch die Westerplatte bedeutend gewinnen wird, tragen die Gesellschaft "Weichsel" und die Börsenbesitzer nach Vorabinzahlung zu bestimmten Theilen.

* Geheimrat Bauck. Gestern gegen Abend starb hier nach längerem Leiden der Maschinenbau-Director der hiesigen kaiserlichen Werft, Geh. Baurath Bauck. Seit etwa Jahresfrist stand hr. B. an der Spitze des Maschinenbau-Ressorts der hiesigen kaiserlichen Werft, nachdem er vorher ca. 10 Jahre lang in Wilhelmshaven amtiert hatte. Er war jedoch vor dem schon längere Zeit unser Mitbürger, damals als Ingenieur der hiesigen Werft. In den Kreisen seiner Berufsgenossen, Untergebenen und seiner Bekannten hat sich der Verschiedene ein ehrenvolles Andenken gesichert.

* Für die Erlangung der Berechtigungen zum Subalterndienst gilt, wie die "Nord. Allg. Blg." bemerkt, folgende Bestimmung:

"Für alle diejenigen Schüler der Untersecunda an höheren Lehranstalten, welche das Besitzungszeugnis für den einjährigen Dienst erwerben wollen, wird nach den Bestimmungen der Wehrordnung vom 22. Novbr. 1888 mindestens einjähriger Besuch der Secunda erforderlich, dessen Erfolg nach Ordnung der Unterrichtsverwaltung vom 6. Januar 1892 durch das Bestehen der Abschlussprüfung zu erweisen ist. In den wenigen Fällen, wo das Militärzeugnis nicht erstrebt wird, genügt behufs Erlangung der an das Reifezeugnis für Obersecunda geknüpften Berechtigungen für den Subalterndienst, eventuell, d. h. im Falle der Aufnahme eines Schülers mitten im Schuljahr, auch der halbjährige Besuch der Untersecunda und das demnächstige Bestehen der Abschlussprüfung."

* Aus westpreußischen Lehrerkreisen. Aus Jastrow in Westpreußen wird der "Preußischen Lehrerzeitung" geschrieben: "Dass 800 M. Anfangsgehalt für einen Lehrer auskömmlich seien, hat ein junger Theologe gelegentlich seiner Vorstellung und Bewerbung um die hiesige zweite Predigerstelle kühn behauptet. Die freundlichen Leser der "Preußischen Lehrerzeitung" werden erstaunt sein, zu hören, dass dieser Herr "Lehrerzeitung" ist." — Wenn 800 M. so möchten wir fragen — als Anfangsgehalt für einen Lehrer genug sind, mit welchem Rechte versteifen sich die jungen Geistlichen auf die Forderung, dass sie ein Mindestgehalt von 2400 M. zu beanspruchen haben? Hat ein junger Theologe dreimal so viel Hunger und dreimal so viel sonstige Bedürfnisse, als ein junger Lehrer? Oder ist er blos um das Dreifache unbedeckter, als ein junger Lehrer mit noch nicht 2,20 Mark pro Tag Einkommen?

* Stadt-Museum. Nachdem in der Gemälde-Gallerie, welche der 31. großen Ausstellung des hiesigen Kunstsvereins wegen bis auf wenige Bilder geräumt worden war, nunmehr unter Berücksichtigung der neuverworbenen, zum Theil sehr umfangreichen Werke und des bevorstehenden Umtausches der aus der kgl. Nationalgalerie hergeliehenen Gemälde eine interimistische Ausstellung beendet worden ist, sind die Sammlungen des Stadt-Museums wieder an Sonn- und Feiertagen, sowie Mittwochs, in den Mittagsstunden von 11 bis 2 Uhr unentgeltlich zu besuchen.

* Westpreußischer Gustav-Adolf-Verein. Der westpreußische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung hält seine diesjährige Hauptversammlung, wie wir schon früher meldeten, in Thorn ab. Als Versammlungstage sind jetzt der 20. und 21. Juni bestimmt worden. Ein Festsauschuh ist bereits gebildet und das Programm für die beiden Versammlungstage vorläufig entworfen.

* Der Danziger Ruderverein veranstaltet am nächsten Sonntag ein großes Anrudern. Sämtliche Boote des Vereins werden Vormittags 10½ Uhr auffahren; die unterstützenden Mitglieder, sowie die Familien und Gäste des Vereins werden auf dem Danziger "Hecht" dem interessanten Schauspiele beiwohnen.

* Thierschuhverein. In der am Mittwoch Abend abgehaltenen Vorstandssitzung und Generalversammlung des hiesigen Thierschuhvereins verlas der Vorsteher, Herr Conflu. Gibson, ein Schreiben des Postpolizei-Direktors Wessel, laut welchem die Hundeskörbe in Zukunft ihr Amt nur unter Aufsicht eines Schuhmannes ausüben dürfen. Letzterer entscheidet, ob ein Hund zu Recht oder Unrecht gesangen ist, und ob der Maulkorb eines Hundes den Vorschriften entspricht. Als dann wurden zwei von der Firma Geißler und Hölzl aus Dresden eingefandene Hundemauskörbe vor-

gezeigt, welche den polizeilichen Vorschriften entsprechend dem Hunde das Fressen und Saufen gestatten, die Möglichkeit des Beissens aber benennen. Die eingeschickten Exemplare sollen hier probeweise benutzt und, im Falle dieselben sich bewähren, als Normalkörbe eingeführt werden, da sie noch diesen weiteren Vortheil in sich vereinigen, Stirn und auch den Oberkopf des Hundes nicht zu drücken und zu scheren. — Am Sonnabend, den 20. Mai, wird eine Revision des Hundehauses zu Schiditz vorgenommen werden, zu welcher die Mitglieder Einladungen erhalten sollen. — Die Commission, welche die Einrichtung von Thierschuhvereinen in der Provinz und die Veranstaltung des Verbandstages und der mit letzterem auf der Westerplatte geplanten Ausstellung eröffnet, hat bereits ihre Thätigkeit aufgenommen. — Zuletzt wurde noch eine Falle für widernde Räthen, welche bekanntlich den Singvögeln Abbruch thun, vorgezeigt. Mit denselben werden die Räthen lebend eingefangen und sie sollen alsdann im hiesigen Hundeaufzucht-Hofslager im Werthe von fast 5000 Mark mit vom Feuer ergreifen werden.

* Borschuhverein. In der gestern Abend abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Borschuhvereins wurde der Geschäftsbericht pro 1. Quartal 1893 erstattet. Wir entnehmen denselben folgende Angaben: Das Vereinsvermögen betrug Ende des 1. Quartals 360 996 M.; dasselbe weist gegen Ende des Vorjahres eine Vermehrung von 14995 M. nach und stellt sich zusammen aus dem Reservefonds in Höhe von 53 236 Mark und dem Mitgliedsvermögen im Betrage von 307 760 M. Das Depositen-Konto hatte Ende des 1. Quartals eine Höhe von 1031 895 M., gegen Ende des Vorjahres 20 578 M. mehr. Der Wechselbestand erreichte Ende des 1. Quartals 1231 963 M., gegen Ende des Vorjahres eine Vermehrung von 23 652 M.

* Ministerial-Erlaß. Im Gegensatz zu der bisher meist geübten Praxis haben die Minister des Innern, für Handel und Gewerbe und der Finanzen entschieden, dass die auf Grund des § 4 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 1. Juni 1884 ertheilten Zulassungsvermerke, sofern sie in Form einer besonderen Ausfertigung erfolgen, eines Stempels in Höhe von 1,50 Mk. bedürfen, da diese Kassen — im Gegensatz zu den Ortskassen — auf freier Vereinigung der Bevölkerung beruhen, nur die gegenwärtige Unterstüzung ihrer Mitglieder für den Fall der Krankheit bezeichnen und deshalb vorwiegend dem Privatinteresse der Mitglieder dienen, und das aus denselben Gründen auch die in Ausfertigungsform ertheilten Genehmigungsvermerke für die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Kassenhäuser denselben Stempel erfordern.

* Concertreise. Die ehemals Vilse'sche Kapelle des Berliner Concerthauses, jetzt von Karl Meijer geleitet, wird demnächst auf einer Kunstreise Danzig ihren Besuch abschließen und am 6. und 7. Juni im Schützenhaus zwei Konzerte geben, die je nach der Witterung im Garten oder Saale stattfinden sollen.

* Veränderungen im Grundbesitz. Es sind verkauft worden: 1. Altschottland Nr. 92 von dem Kreisagrar Arnolds als Bevollmächtigter der Witwe Koening hier, an die Zimmermann Roegger'schen Cheleute in Altschottland für 1830 Mk.; 2. Neukrug Blatt 8 von dem Fischer Johann Loewner und Genossen an die Eigentümer Loewner'schen Cheleute. Ferner ist das zur Zwangsversteigerung gekommene den Rentier Carl Pahke'schen Cheleuten gehörige Grundstück hinter Adlers Brauhaus Nr. 7, mittels gerichtlichen Urheils den Eigentümern Wilhelm Kollmann'schen Cheleuten zu Riesenburg für das Meistgebot von 1900 Mark zugeschlagen worden.

* Verkehrsstörung. Als heute Mittag ein vier-späniger, hoch mit Heu beladener Leiterwagen von der Langgasse kommand durch das Langgäster Thor fuhr, passirte denselben das Malheur, ein Rad zu brechen. Die Folge davon war, dass derselbe mit sammt dem Heu umkippte, und war so ungünstig, dass Wagen nebst Heu quer über die Schienen der Pferdebahn zu liegen kam. Hierdurch wurde der ganze Pferdebahnbetrieb vollständig — und zwar über eine halbe Stunde — gesperrt. Nicht weniger als 10 Wagen — 5 von der einen und 5 von der anderen Seite des Thores — mussten warten, bis die Schienen freigelegt waren. Gänzliche Pferdebahnhäuser legten mit Hand an und halfen dafür sorgen, dass wenigstens die Verkehrsstörung so schnell wie möglich befeitigt wurde.

* Feuer. Am Mittwoch gegen Abend geriet in dem Hause Jungferngasse Nr. 19 der Stirnbalken des Dachstuhles vermutlich durch Funken aus einem brennenden Herdgrate in Brand. Man rief die Feuerwehr, welche durch Beseitigung der in Flammen gerathenen Holzhölzer den Brand schnell dämpfte.

* Einbruch. In der Nacht zum Donnerstag brachen zwei Fleischergesellen in den Eiskeller des Herren Fleischermeisters B. in der Weidengasse ein und stahlen aus denselben einen Centner Pökelfleisch. Als die Diebe das Fleisch wegzuholen versuchten, wurden sie jedoch ertappt; der eine entrann, während der andere festgenommen wurde. Beide Diebe haben früher bei bei B. in Stellung gestanden.

* Ein aufregendes Ereignis trug sich am Mittwoch an der Grünen Brücke zu. Abends zwischen fünf und sechs fuhr ein Oberkahn unter der Grünen Brücke hindurch. Ein Kahnfischer schwob mit einem der bekannten langen Bootshaken, mit dem diese Art von Schiffen zum größten Theil vorwärts bewegt werden, das Schiff vornwärts, hierbei achtete er nicht auf ein Tau, welches an einem der Pfähle befestigt war; er stieß an dasselbe an und stürzte in das Wasser. Der Fischer tauchte bald wieder auf und schwamm nach dem nächsten Pfahl hin, um sich an denselben festzuhalten. Er glitt jedoch an dem schlüpfrigen Tange, mit dem der Pfahl befestigt war, immer wieder ab und geriet schließlich in Gefahr von dem Oberkahn erschlagen und gegen den Pfahl gequetscht zu werden. Bevor jedoch der Kahn den Pfahl erreichte, wurde dem Mann ein Ruder gereicht, an dem er sich festklammerte, worauf er in die Höhe gezogen werden konnte. Dem Borgmäne wohnte oben auf der Brücke eine große Menschenmenge bei, aber keine konnte dem Mann Hilfe bringen, da die Brücke zu hoch liegt.

* Polizeibericht vom 11. und 12. Mai. Verhaftet: 24 Personen, darunter 1 Arbeiter, 1 Fleischer wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 11 Obdachlose, 2 Bettler, 1 Betrunken. — Gefunden: 1 Taschenbuch, 1 Pince-nez, 1 Haarbürste und Kamm, abzuholen im Fundbüro der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 schwarzes wollenes Umschlagstück, 1 Portemonnaie mit 27 Mk. 80 Pf. abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

* Neustadt, 10. Mai. Von einem sehr traurigen Gescheh wurde gestern der Zimmerpolizist P. hierzulst betroffen. Die beiden Kinder desselben, ein Mädchen von etwa 11 Jahren und ein 5jähriges Kind, machten sich mit einem geladenen Terzerol zu schaffen. Die Waffe, welches aus einer Hand in die andere wanderte, entlud sich plötzlich und traf den Knaben ins Gesicht. Ihm wurde ein Auge ausgeschossen und blieben noch mehrere Schrotkörner in dem Kopfe stecken. An dem Aufkommen des Schmerzerlebens wird gesetzt.

* Neustadt, 10. Mai. Die Beleidigung an dem heute hier stattgehabten großen Himmelfahrts-Ablass war, begünstigt von dem prachtvollen Weiter, überaus groß. Nach oberflächlicher Zählung haben den hiesigen Wallfahrtsort mindestens 10000 bis 12000

Pilger besucht, welche die Wanderung nach den Bergen antraten.

* Berent, 11. Mai. Gestern früh 2 Uhr brach in der im Osnabrücker Walde ca. 3 Kilom. von hier entfernt belegenen Dampfsgäzmühle der Herrn A. Berent und Fleischer Feuer aus, welches die ganzen Holztheile dieser Anlage in Asche legte. Unsere freiwillige Feuerwehr war nach der Brandstelle ausgerückt und gelang es derselben, das Feuer auf den Herd zu beschränken, nämlich aber zu verhindern, dass das an die Mühle anstoßende größere Holz Lager im Werthe von fast 5000 Mark mit vom Feuer ergreifen würde.

* Elbing, 10. Mai. Es bestätigt sich, dass der Kaiser am 23. d. Ms., also am 3. Pfingstsonntag, zu seinem alljährlichen Jagdausflug in Prökelwitz eintreffen wird. Eine Anfrage des Hofmarschallamtes in Berlin, ob die Strecke Marienburg-Prökelwitz bis zu diesem Zeitpunkte fertig sein könnte, wurde von justizialer Stelle bejahend beantwortet; es wird, wie schon früher mitgetheilt, mit Ausbildung aller Kräfte an Fertigstellung der Strecke gearbeitet. Die Haltestelle in Prökelwitz ist bereits fertig. Doch würde die Strecke dem allgemeinen Verkehr dann noch nicht übergeben werden, sondern nur der Sonderzug des Kaisers die Strecke passieren. Die endgültige Bestimmung, ob der Kaiser mit Prökelwitz mit der Bahn fahren, oder in Altfelde die Bahn verlassen und dann in dem Wagen des Herrn Grafen zu Dohna Christburg passiren wird, dürfte erst kurz vor Ankunft des Kaisers getroffen werden. In Prökelwitz rüsst man sich mit Macht für die Kaiserfahrt. In voriger Woche war Herr Graf zu Dohna in Prökelwitz anwesend, um dort Vorbereitungen für den Empfang des Kaisers zu treffen. Eine Fahrt des Kaisers nach Schlobitten, um in den dortigen Jagdgründen zu pürrchen, ist bis jetzt ausgegeschlossen. (E. 31.)

* Elbing, 10. Mai. Bekanntlich haben in letzter Zeit vier große Brände in der Ortschaft Beyersdorf verhängt gewütet, welche wohl sämlich von ruchloser Hand angelegt waren. Zu diesen Bränden gestellte sich gestern ein weiterer, das Nachmittags die Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Besitzers Senger in Beyersdorffkampen in Flammen aufgingen; das Feuer griff mit einer rajetigen Schnelligkeit um sich, so dass das ganze Inventar mitverbrannte. Zwei Kühe, ein Schwein, zwei Hälber und eine Stärke sind ebenfalls verbrannt; die leichtere hatte der Besitzer Enk, welcher in Beyersdorffkampen unlängst abbrannte, den „Schwergeladenen“ Nachen zum Renten brachte und den des Schwimmens unkundigen Insassen ein unfreiwilliges Bad bereitete. Der Schneider aus Böhmen rüttelte sich mit Macht für die Kaiserfahrt. In voriger Woche war Herr Graf zu Dohna in Prökelwitz anwesend, um dort Vorbereitungen für den Empfang des Kaisers zu treffen. Eine Fahrt des Kaisers nach Schlobitten, um in den dortigen Jagdgründen zu pürrchen, ist bis jetzt ausgegeschlossen. (E. 31.)

* Tuchel, 11. Mai. Der Uhrmacher G., welcher sich erst vor einigen Wochen am hiesigen Orte niedergelassen hatte, ist seit dem 27. April aus seiner Wohnung verschwunden, ohne bisher zurückgekehrt zu sein, oder ein Lebenszeichen von sich gegeben zu haben. Die Annahme, dass ihm ein Unglück zugestossen sei, ist bisher durch nichts erwiesen worden, dagegen vermehren sich die Nachfragen von Kunden, welche dem Verkäufer anvertraut haben.

* Schlossauer Grenze, 9. Mai. Gestern begab sich das jüngste Göhnen eines Besitzers in N. mit noch einem andern Anabe an den Siebbrunnen und deuteten denselben ab. Einer der Anabé stieg in den Eimer, um sich von dem anderen hinunterzinden zu lassen. Anfänglich gelang es und sie wechselten um. Raum hatte aber der ältere Anabe den Eimer wieder befliegen, da sollte derselbe in die furchtbare Tiefe und der am Brunnen stehende jüngere Anabe wurde dermaßen von der Kurbel getroffen, dass er sehr stark blutete. Dem im Wasser liegenden Anabe gelang es glücklicherweise, sich an der Kette so lange über Wasser zu halten, bis er vom Felde Heimkehrenden herausgezogen wurde.

* Thorn, 11. Mai. Aufstand bleibt in sanitäts-polizeilichen Anordnungen hinter Preußen nicht zurück. Wie hier bestimmt verlautet, erhebt Aufstand vom 1./13. Mai ab für jedes die Grenze bei Niesarwa aus Preußen passierende Fahrzeug eine Steuer von 10 Rbl. in Gold. Damit ist der Weichsel-Schiffahrt, die jetzt schon so sehr darniederliegt, ein Schlag versetzt. Nicht weniger als 10 Wagen — 5 von der einen und 5 von der anderen Seite des Thores — mussten warten, bis die Schienen freigelegt waren. Die Weichsel-Schiffahrt sieht frühere Zeiten entgegen.

* Pillau, 11. Mai. Capitän Cornand vom Dampfer "Planet" berichtet, dass ein Wrack, anscheinend Bark oder Brigg, SD. pr. Comp. Abstand ca. 15 bis 16 Seemeilen von Smögen sich befindet, welches, da es reicht in der Curslinie zwischen Falsterbo-Feuerschiff und Bornholm treibt, sehr gefährlich für die Schiffahrt ist. — Die Leichen der seiner Zeit verunglückten Lachs-fischer und des am 4. d. Ms. über Bord gegangenen Matrosen vom kais. Vermessungsfahrzeug "Nautilus" sind bisher noch nicht gefunden worden. Von den beiden ersten ist anzunehmen, dass sie weit weggetrieben sind. — Der Lachsfang scheint für dieses Frühjahr vorüber zu sein. Die Fischer gehen zwar noch alle aus, jedoch kehren die meisten Fahrzeuge leer zurück. Im ganzen sind ca. 900 Centner Lachs im Werthe von 5400 Mk. gesunken worden.

* Königsberg, 10. Mai. Das Schreiben, mit welchem Herr Oberbürgermeister Selke seine Pensionierung beantragt hat (wie bereits kurz gemeldet), lautet wie folgt:

„Wibald, den 6. Mai 1893. Dem Magistrat unterbreite ich hiermit ganz ergeben den Antrag: mich zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen und die Festsitzung der Pension beschließen und bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen zu wollen. Mit diesem und schmerlichem Bedauern habe ich mich hierzu entschlossen, nachdem ich jetzt über 18 Jahre meinem Amt als Oberbürgermeister unserer Stadt vorgestanden habe. Große Aufgaben, an denen ich Jahre lang gearbeitet, kommen jetzt gerade zur Ausführung und wie hatte ich mich darauf gefreut, wenigstens noch einige Jahre auf meinem ehrenvollen Posten bleiben zu können. Da tut es weh, zurücktreten zu müssen. Aber es geht nicht anders, denn körperliche und geistige Kräfte sind in mir selbst unbegreiflich schneller Zeit vollständig erschöpft. Ein festgestelltes schweres Nierenleiden macht mich ganz unzureichend dienstfähig. Gelingt es vielleicht noch der Kunst der Aerzte, meinen Zustand auch wieder etwas zu heben und zu kräftigen, was ich und die Meinigen so sehr wünschen, die Kraft, welche mein schweres Amt erfordert, kehrt nie wieder. In zunächst vertraulichen Briefen an den Herrn Stadtverordnetenvorsteher Dr. Rosenstock, welche auch dem Herrn Bürgermeister Hoffmann zur Verfügung gestellt sind, habe ich das Ausführliche alles vorgestellt, was mich zu meiner Entscheidung gebrängt und bei derselben beweigt hat. Auch das Attest des Aertes, der mich jetzt in San Remo behandelt hat, liegt dort bei Einsicht des Ganzen habe ich für jedes Mitglied der städtischen Behörde freigestellt. So erübrigte mir zum Schlusse nur noch, mich dem Wohlwollen dieser Behörden, mit denen ich 18 Jahre lang treu und mit gutem Erfolge für das Wohl der Stadt gearbeitet habe, auf das angelegentliche zu empfehlen. Eines darf ich wohl sagen: mein ganzes Leben hat vom 6. April 1875 ab dem Gemeinwohl unserer Stadt gehört, dankbar werde ich das Andenken an dieselbe und an meine Wirksamkeit in ihr und das überreiche Maß, das mir zu Theil geworden, ehren und die Achtung und aufrichtige und oft so herzlich hervorragende Liebe meiner Mitbürger bis zum letzten Atemzug bewahren. Hochachtungsvoll ergebe ich Selke, Oberbürgermeister.“

Das ärztliche Attest constatirt ein chronisches Nierenleiden, welches durch wöchentliche Ergüsse u. a. auch in den Herzbeutel das Leben des Patienten bedrohte. — Nach der "Agsb. Allg. Blg." hat die Stadtverordneten-Versammlung in geheimer Sitzung sich dahin geeinigt, Herrn Oberbürgermeister Selke das volle Gehalt bis zum 1. April 1894 und von da ab erst das Auhegehalt zu gewähren. Außerdem wurde eine gemeinsame Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung an den erkrankten Oberbürger-

meister zu richten beschlossen. Eine Vorlage betr. die Neuwahl zum Oberbürgermeisterposten ist voraussichtlich schon in nächster Stadtverordnetensitzung zu erwarten.

* Königswberg, 10. Mai. Ueber das Auftreten von Wasserhosen, welche die Fischer mit ihren Fahrzeugen auf dem Frischen Haff stark gefährdeten, werden wieder zwei Fälle berichtet. Im ersten Falle handelte es sich um einen Fischer aus Peise, namens Johann Gerwig. Derselbe fuhr gestern mit reicher Fischbeute — es waren im

